

Beschlussempfehlung
an die Stadtverordnetenversammlung

19. Oktober 2022
1 von 2

Konsequenzen der aktuellen Wohngeldreform für Kassel

Anfrage Fraktion DIE LINKE

- 101.19.616 -

Berichterstatter/-in:

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Menschen beziehen aktuell in Kassel Wohngeld und wieviel Menschen wären theoretisch nach Einkommenslage laut Hochrechnungen für die Stadt Kassel und ihre Einwohner*innen mit entsprechendem Einkommen wohngeldberechtigt?
2. Wie verändern sich diese Zahlen voraussichtlich mit der kommenden Wohngeldreform?
3. Wie viele Mitarbeiter*innen arbeiten aktuell in der Wohngeldstelle, wie viele Stellen sind offen und inwiefern ist eine Aufstockung der Stellen im Haushalt für 2023 geplant? (bitte nach Voll- und Teilzeit sowie Befristung aufschlüsseln)
4. Welche Qualifikationsanforderungen werden seitens der Stadt Kassel an Bewerber*innen für den Bereich Wohngeldstelle gestellt?
5. Wieviel Zeit wird anteilig neben der Antragsbearbeitung zur rechtssicheren Beratung der Antragsteller aufgewendet?
6. Wie erfolgt diese Beratung in der Regel genau und wie wird über die Beratungsmöglichkeiten informiert?
7. Wie viele Fälle wurden je 2021 und 2022 innerhalb eines Monats, innerhalb von 2 Monaten, innerhalb von 3 Monaten, innerhalb von 4 Monaten, innerhalb von 5 Monaten und länger bis zur Erteilung des Bescheids bearbeitet?
8. Wie viele offene Fälle müssen zeitgleich pro Mitarbeiter*in bearbeitet werden?

Bürgermeisterin Friedrich und Frau Deiß-Fürst, Sozialamt, beantworten die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Vorsitzender Sprafke erklärt die Anfrage für erledigt.

Norbert Sprafke
Vorsitzender

Feyza Tanyeri
Schriftführerin